Der Präsident des Europäischen Patentamtes, Benoit Battistelli, ist beschuldigt worden, ein „Klima des Terrors” geschaffen zu haben | TOBIAS SCHWARZ/AFP/Getty

Arbeitsbeziehungen im Europäischen Patentamt werden toxisch

Anstieg bei den Suiziden, Unzufriedenheit der Mitarbeiter werfen Fragen bezüglich der Arbeitskultur in der Agentur auf

Von

EMMET LIVINGSTONE

8.12.2015, 5:30 AM CET

Aktualisiert am 8.12.2015, 7:20 AM CET

Eine Gruppe von Angestellten im Europäischen Patentamt hat die Geschäftsführung beschuldigt, ihre Patentprüfer unter solchen Effizienzdruck zu setzen, dass ihre Gesundheit auf dem Spiel steht – und sie verlangt eine unabhängige Untersuchung einer Reihe von Selbstmorden.

Benoît Battistelli, seit 2010 dessen Präsident, sagte, dass sich die Produktivität unter seiner Führung verbessert hat, und das Amt weist auf einen Anstieg in der Anzahl der Patente hin, die jedes Jahr geprüft werden. Arbeitnehmer sagen, dass dies mit einem hohen Preis verbunden ist und die Atmosphäre zwischen Battistelli und der Gewerkschaft des Europäischen Patentamtes (IGEPA) vergiftet.

Eine wachsende Zahl von Selbstmorden unter den Mitarbeitern ist eine Ursache der Spannungen. Innerhalb von 39 Monaten begingen fünf Angestellte Selbstmord, der letzte im August. Ohne eine direkte Verbindung zwischen den Selbstmorden und dem Druck, mehr Patentanmeldungen abzuarbeiten, herzustellen, sagte die Gewerkschaft, dass die Todesfälle ihrer Ansicht nach Teil einer unabhängigen Untersuchung der Arbeitsbedingungen sein sollten.

„Wir sind der Meinung, dass das Amt enormen Druck auf seine Mitarbeiter ausübt und sie in einem solchen Maße schindet, dass sich das auf die Gesundheit auswirkt“, sagte ein Mitarbeiter im Münchner Büro des EPA, der aus Angst vor einer Entlassung anonym bleiben möchte.

Das Europäische Patentamt bearbeitet Anträge für Patente die, wenn sie erteilt werden, in 38 Ländern gültig sind. Die Quelle in München beschrieb die Arbeit der Patentprüfer als zwar gut bezahlt, aber monoton, und sagte, dass von ihnen verlangt würde, härter, länger und für weniger Vergünstigungen als vorher zu arbeiten.

Ein Mitarbeiter in Den Haag, der ebenfalls um Anonymität bat, sagte, dass das Effizienzsteigerungsprogramm ein Klima der Angst geschaffen hat, welches sich auf die schwächsten Angestellten auswirkt. Das Programm ist eine Antwort auf die vermehrten Patentanträge in Europa und soll die Anzahl der Patente erhöhen, die im Amt geprüft werden, die Krankheitstage der Mitarbeiter reduzieren und Beförderungen mit Leistung verbinden.

Battistelli wies jegliche Andeutung zurück, dass er ein „Klima des Schreckens“ geschaffen habe, und stellte die Legitimität der Gewerkschaft in Frage, da es sich „nicht um eine Gewerkschaft“ handele, sondern um „ein mafiaähnliches Gebilde“.

Der Gruppe fehlt die rechtliche Anerkennung als Gewerkschaft, da das Europäische Patentamt in seinen Hauptbüros in München und Den Haag sowie in seinen Zweigstellen in Wien, Berlin und Brüssel aufgrund seines internationalen Status nicht in den Geltungsbereich der nationalen Gesetze fällt.

„Sie wollen die Kontrolle. Sie haben das Amt bisher kontrolliert und sie wollen das Amt weiterhin kontrollieren“, sagte Battistelli POLITICO in einem Interview in Brüssel.

„Zu behaupten, dass ich ein Klima der Angst geschaffen hätte, dass die Menschen in einer Diktatur leben, in der sie terrorisiert werden, ist einfach lächerlich“, sagte Battistelli. „Die Ergebnisse, die wir erzielen, erreicht man nicht ... mit Menschen, die terrorisiert werden. Das erreicht man nur mit Menschen, die motiviert sind, die die Strategie, die wir implementieren, vollkommen unterstützen.“

Toxisches Umfeld

Gewerkschaftsführer schrieben dem Exekutivorgan des Patentamtes, dem Verwaltungsrat, im September bezüglich des letzten Selbstmords.

„Ein verheirateter Mann, 42 Jahre alt und Vater zweier Kinder, beging Ende August an seinem letzten Urlaubstag Selbstmord“, so der Brief. „Mitarbeitervertreter haben wiederholt davor gewarnt ... dass eine Kombination aus zu hohen Arbeitsanforderungen in Verbindung mit hastigen Reformen und brutalen Managementmethoden das geschaffen haben, was wir als toxisches Arbeitsumfeld betrachten.“

Der Gewerkschaft zufolge ist es äußerst wichtig, eine unabhängige Untersuchung durchzuführen, und begründet dies damit, dass die Anzahl der Selbstmorde für die rund 7.000 Personen zählende Belegschaft des Amtes hoch ausfällt.

Das EPA ist jedoch dagegen und blockierte im März eine Untersuchung der niederländischen Arbeitsaufsichtsbehörde nach einem Selbstmord in seiner Zweigstelle in Den Haag. Battistelli sagte, dass die lokale Polizei jeden Selbstmord untersuchte, einschließlich dieses Falls, und dass die nationalen Behörden keine Befugnis hätten, das Amt zu untersuchen.

Ganz ähnlich wie Botschaften oder das NATO-Hauptquartier in Brüssel fällt das Patentamt nicht unter die nationale Jurisdiktion, und Behörden können das Gelände nicht ohne die Zustimmung des Präsidenten betreten.

Die Pressestelle des EPA bezeichnete es als „völlig unangemessen“, die Reformen mit den Selbstmorden in Verbindung zu bringen, und fügte hinzu, dass es keinen Beweis dafür gibt. Battistelli sagte, dass sich die Gewerkschaft dieses Themas bemächtigt hätte, um Druck auszuüben, um seine Effizienzmaßnahmen wieder rückgängig zu machen und ihn aus seinem Amt zu entfernen.

Und immer noch steigt, gemäß der eigenen Berechnung des EPA, die Anzahl der Selbstmorde. 2015 war die Selbstmordrate doppelt so hoch wie zwischen 2012 und 2014.

Ella Arensman, eine Professorin, die Anhäufungen von Selbstmorden erforscht und der Internationalen Vereinigung zur Prävention von Selbsttötungen (International Association of Suicide Prevention) vorsitzt, sagte, dass die Gewerkschaft des Patentamtes besorgt sein sollte.

„Die Menschen, die sich Sorgen machen, haben recht“, sagte Arensman, die mit den Einzelheiten des EPA-Falls nicht vertraut war. „Selbst in [geografischen] Regionen von ungefähr 250.000 Menschen käme man nicht auf eine solche Quote.“

Nachdem sie die Einzelheiten der Situation im Patentamt erfahren hatte, verglich sie sie mit dem Fall France Telecom – jetzt Orange France genannt – wo zwischen 2008 und 2009 insgesamt 35 Angestellte Selbstmord begingen, ein Zeitraum, in dem das Unternehmen privatisiert und neu strukturiert wurde. 2009 arbeiteten ungefähr 100.000 Menschen bei dem Unternehmen in Frankreich.
In ihrem Brief an den Verwaltungsrat des EPA im September hatte die Gewerkschaft unabhängig davon denselben Vergleich angestellt und festgestellt, dass der letzte Selbstmord das Amt „statistisch gesehen auf das gleiche Niveau wie der berüchtigte Fall France Telecom stellt“.

Auch wenn bei Selbstmorden üblicherweise eine große Anzahl komplexer Faktoren eine Rolle spielt, sagte Arensman, dass sie eine indirekte Verbindung zu den Reformen „absolut nicht ausschließen“ würde. Forschung deutet darauf hin, dass Suizide, die am Arbeitsplatz verübt werden, als Botschaft an das Management gedacht sind, sagte sie, und dass in solchen Fällen unabhängige Untersuchungen äußerst wichtig sind.

„Fünf Suizide in weniger als vier Jahren innerhalb einer 7.000-köpfigen Organisation erscheint auf den ersten Blick hoch und rechtfertigt eine Untersuchung.” — *Experte für suizidales Verhalten*

Von den fünf Selbstmorden beim EPA fand einer im Büro statt, wie ein Sprecher des Amtes sagte. In einem anderen Fall nahm sich das Opfer an dem Tag das Leben, an dem es zu einer Anhörung im Disziplinarverfahren gerufen wurde, gaben zwei Quellen an. POLITICO konnte dies nicht belegen, und das EPA sagte, es würde aus Respekt vor der Privatsphäre der Familie die Einzelheiten nicht kommentieren.

Drei andere von POLITICO kontaktierte Selbstmordexperten drängten zur Vorsicht bei der Interpretation von Statistiken, da man nach ihrer Aussage ohne Kenntnis der Einzelfälle keine stichhaltigen Schlussfolgerungen ziehen kann. Allerdings beschrieben zwei von ihnen die Zahlen als hoch und befürworteten eine Untersuchung.

„Fünf Suizide in weniger als vier Jahren innerhalb einer 7.000-köpfigen Organisation erscheint auf den ersten Blick hoch und rechtfertigt eine Untersuchung“, schrieb Rory O’Connor, Direktor des Forschungslabors für suizidales Verhalten an der Universität Glasgow und Präsident der Internationalen Akademie für Suizidforschung (International Academy of Suicide Research) in einer E-Mail. „Es ist entscheidend, dass die Lehren/Umstände bezüglich der Todesfälle ermittelt werden, um die Wahrscheinlichkeit zukünftiger Selbstmorde zu minimieren.“

Laut Cornelis van Heeringen, Direktor der Abteilung für Suizidforschung an der Universität Gent, ist der Umfang der Stichprobe beim EPA für eine zuverlässige Analyse zu klein, er

sagte aber: „Organisationen haben eine erhebliche Verantwortung für die Selbstmordprävention.“ Er befürwortet sehr entschieden eine Untersuchung.

Das Pressebüro des Patentamts teilte mit, dass die Institution die Einstellung eines Beraters plant, um Berufsrisiken zu analysieren und Empfehlungen zu geben. Allerdings stellt dies nach dessen Aussage keine unabhängige Untersuchung der Umstände der Selbstmorde dar, wofür die Zustimmung aller Vertragsstaaten des EPA erforderlich wäre.

Das Pressebüro stellte die Befähigung der Experten in Frage, ohne Kenntnis der vollständigen Einzelheiten der Selbstmorde eine Stellungnahme abzugeben, die zum Schutz der Privatsphäre nicht offengelegt werden können. Es gab außerdem an, dass das Europäische Patentamt seine Personalstrategie 2014 aktualisiert hätte, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern und über einen engagierten Service von Gesundheitspersonal und Psychologen verfüge, um „psychosozialen Risiken entgegenzuwirken“.

Überwachung

Durchgesickerte Geschichten über die Arbeitsbedingungen sprechen von einem Klima des Misstrauens und Argwohns.

„Niemand wagt es, am Telefon zu sprechen, niemand wagt es, eine E-Mail zu verschicken“, gab die Quelle in Den Haag an und fügte hinzu, dass sich manchmal Mitarbeiter in den Toiletten versammeln, um offen miteinander zu sprechen.

Das EPA gab am 15. Oktober bekannt, dass ein leitender Angestellter wegen der Führung einer angeblichen Verleumdungs- und Hetzkampagne gegen das Management mit seiner Kündigung zu rechnen habe. Die niederländische Zeitung Financieele Dagblad berichtete, dass im Büro dieses Angestellten Waffen und Naziparaphernalia entdeckt wurden.

„Ich denke, dass diese Person nicht alleine gehandelt hat“, sagte Battistelli und brachte damit den Vorfall mit der Gewerkschaft in Verbindung, wobei er hinzufügte, dass er regelmäßig persönliche Drohungen per E-Mail erhält.

Im Juni berichtete die Süddeutsche Zeitung, dass in einem Computer im Münchner EPA-Büro Spyware installiert worden war – ein besonders sensibles Thema in Deutschland aufgrund seiner Geschichte der Überwachung während der Nazizeit und der kommunistischen Zeit in Ostdeutschland.

Battistelli sagte, dass die Spyware im Computer installiert worden sei, weil ihn jemand dazu verwendet hatte, um diffamierende E-Mails zu verschicken. Diese Person entpuppte sich als der angebliche Neonazi, der jetzt mit seiner Kündigung rechnen muss, sagte der EPA-Präsident.

Manche Angestellte beklagten sich, dass in diesen und anderen Disziplinarverfahren die Rechte der Arbeitnehmer verletzt wurden, da es ihnen nicht erlaubt worden war, bei einer internen Befragung einen Anwalt mitzunehmen. Das Pressebüro des EPA bestätigte, dass Angestellte keinen Anwalt mitnehmen können, wenn sie vor die Untersuchungseinheit zitiert werden, sagte aber, dass dies daran liegt, dass solche Interviews der Tatsachenermittlung dienten und nicht der Anklage, und dass Mitarbeiter einen Anwalt mitnehmen könnten, wenn daraus schließlich disziplinarische Anhörungen würden.

Battistelli sagte, dass sich Mitarbeiter mit ihren Beschwerden an das Verwaltungsgericht der Internationalen Arbeitsorganisation wenden können, einem Gerichtshof, der über Streitfälle in internationalen Organisationen wie dem EPA entscheiden soll, die nicht unter die nationale Jurisdiktion fallen.

Am 15. Oktober veröffentlichte das Verwaltungsgericht einen Bericht über die wachsende Arbeitslast, die auf ein bestimmtes Problem beim EPA hindeutete. Von all den internationalen Agenturen, die der Jurisdiktion des Verwaltungsgerichts unterliegen, ist das EPA die, von der die meisten Rechtsstreitigkeiten kommen.

„Mitgliedsorganisationen nahmen zwar die Erklärungen einiger Verwaltungsbeamter des EPA über ihre aufrichtigen Anstrengungen, die Situation zu verbessern, zur Kenntnis, stimmten aber darin überein, dass dies ein Führungsproblem größeren Ausmaßes ist“, hieß es in dem Bericht, der auf einen Zusammenbruch der Beziehungen zwischen den Mitarbeitern und der Führung hinwies.

Neuer Druck

Nur wenig deutet darauf hin, dass sich der Arbeitskonflikt abkühlt. Am 18. November demonstrierten mindestens 1.000 Angestellte außerhalb des EPA-Hauptbüros in München. Ein Sprecher räumte ein, dass dies „Widerstand gegen laufende Reformen“ ausdrückte.

Am 24. November wurden drei Mitglieder der Arbeitnehmergewerkschaft aus bisher unklaren Gründen suspendiert, welche die Gewerkschaft aber als eine „Hexenjagd“ bezeichnete.

Angestellte protestierten im November bei der EPA-Dienststelle

Ein EPA-Sprecher bestritt, dass das Amt absichtlich Gewerkschaftsführer ins Visier nähme und sagte, es „ist seine Pflicht, Fehlverhalten und Verletzung der Dienstvorschriften zu stoppen und zu unterbinden“.

Auch wenn das EPA formal nicht zur EU gehört, haben geplante Änderungen bei der Art, wie die EU für den Schutz von Patenten sorgt, für zusätzlichen Druck auf die Mitarbeiter gesorgt. Das neue geplante einheitliche Patent wird in den meisten EU-Staaten gleichermaßen gültig sein und einen einheitlichen Patentgerichtshof errichten, wohingegen die EPA-Patente derzeit an nationalen Gerichten angefochten werden können.

Battistellis Reformen entsprachen dem Bedürfnis, sich den neuen Regeln anzupassen und wettbewerbsfähig mit rivalisierenden Patentorganisationen in den USA und Japan zu bleiben, so der Sprecher Rainer Osterwalder.

„Die Situation stellt sich ganz anders dar, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt dessen betrachtet, was getan werden muss, um das Amt am Laufen zu halten. Insbesondere jetzt, wo das einheitliche Patent im Kommen ist“, sagte er.

Eine 2013 von der französischen Unternehmensberatung Technologia durchgeführte Umfrage fand heraus, dass sich die Arbeitsbedingungen nach Ansicht der Mitarbeiter weiter verschlechterten und die Anzahl der Angestellten, welche die Prioritäten der Führung befürwortete, im Schwinden war.

Die Quelle in Den Haag gab an, dass sie immer häufiger Zusammenbrüche im Amt beobachten könne.

„Sachen wie diese sind deutliche Stresssignale“, sagte die Quelle. „Es wird noch mehr Selbstmorde geben. Die Frage ist nicht ob, sondern wann.“

„Zu behaupten, dass ich ein Klima der Angst geschaffen hätte, dass die Menschen in einer Diktatur leben, in der sie terrorisiert werden, ist einfach lächerlich“, sagte Battistelli POLITICO (EPA).